

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

274 (23.11.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. A. X. 3400.



Anzeigenberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 274

Freitag, den 23. November 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Genf ist am Donnerstag die südslawische Anklageschrift beim Völkerbund eingegangen. Sie richtet sich gegen Ungarn in erster Linie.

Ueber den Ostpaktplan hat Litwinow nun auch mit Benesch und der Kleinen Entente verhandelt, damit die Annäherung an Frankreich gleichen Schritt hält.

Reichskommissar Gerdeler hat über die Wettbewerbskontrolle Erklärungen abgegeben und scharfe Uebersetzung zugelegt.

Für Devisen und ausländische Kapitalien ist die Anmeldefrist bis 31. Dezember 1934 verlängert worden, gleichzeitig wird nachdrücklich zur Anmeldung aufgefordert.

Den heimatlosen Beamten an der Saar wurde verboten, irgendeine Funktion in der Deutschen Front auszuüben.

Die indische Verfassungsreform steht im Mittelpunkt der Ereignisse in London. Der erste Teil des sehr umfangreichen Blaubuches ist erschienen.

## Devisen und im Ausland befindliche Vermögenswerte anzeigen!

Berlin, 22. Nov. Nach dem Volksratsgesetz vom 12. Juni 1933 waren Devisen und im Ausland befindliche Vermögenswerte nach dem Stand vom 1. Juni 1933 dem Finanzamt anzuzeigen. Die Frist, in der diese Anzeige zu erstatten war, ist Ende Oktober 1933 abgelaufen. Es hat sich aber herausgestellt, daß viele Angezeigepflichtige ihrer Anzeigepflicht nicht genügt haben. Daher hat das Steueranpassungsgesetz vom 18. Oktober 1934 die Anzeigefrist bis zum Ablauf des 31. Dezember 1934 verlängert. Die Anzeigefrist umfaßt nunmehr die Zeit vom 1. Juni 1933 (dem Tag, an dem das Volksratsgesetz in Kraft getreten ist) bis zum Ablauf des 31. Dezember 1934. Innerhalb dieser Frist muß jeder, der am 1. Juni 1933 Devisen oder im Ausland befindliche Vermögenswerte gehabt hat, diese Werte dem Finanzamt anzeigen. Soweit die Anzeige nicht bereits erstattet worden ist, muß sie bis Ende Dezember 1934 nachgeholt werden. Durch ordnungsmäßige Anzeige wird Straffreiheit erlangt wegen der Steuer- und Devisenzwiderhandlungen, die mit den angezeigten Werten mittelbar oder unmittelbar zusammenhängen. Diese Wirkung tritt auch dann ein, wenn bereits ein Ermittlungs- oder Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Eine noch weitergehende Amnestie gilt für Devisen- und Wertpapierhandlungen:

1. Hat jemand vor dem 17. Oktober 1934 hinsichtlich anzeigepflichtiger Werte (Devisen- oder Reichsmarkforderungen gegen Ausländer) eine Devisenzwiderhandlung begangen und stehen ihm diese Werte noch zur Verfügung, so wird Straffreiheit dadurch erlangt, daß die Werte bis zum Ablauf des 31. Dezember 1934 der Reichsbank oder einer Devisenbank angeboten werden.

2. Hat jemand vor dem 17. Oktober 1934 hinsichtlich anzeigepflichtiger Werte (Devisen oder Reichsmarkforderungen gegen Ausländer) eine Devisenzwiderhandlung begangen, hat er jedoch über die Werte vor dem 17. Oktober 1934 verfügt, und ist dadurch die Anzeigepflicht der Werte rechtlich oder tatsächlich unmöglich geworden, so tritt Straffreiheit nur dann ein, wenn die Devisenzwiderhandlung bis zum Ablauf des 31. Dezember 1934 der Reichsbank angezeigt wird, und wenn außerdem innerhalb einer von der Reichsbank zu bestimmenden Frist Devisen (Einzeldesignen) in Höhe eines Betrages angeboten werden, den die Reichsbank bestimmt.

3. Devisen, die der Reichsbank oder einer Devisenbank bereits angeboten worden sind, oder bis zum Ablauf des 31. Dezember 1934 angeboten werden, sind der Anzeigepflicht, die das Volksratsgesetz vorsieht, nur dann unterworfen, wenn die Devisen, betrachtet nach dem Stand vom 1. Juni 1933, zu den im Ausland befindlichen Vermögenswerten gehören.

An jedermann ergeht hiermit die folgende Aufforderung: Prüfen Sie nach, ob Sie am 1. Juni 1933 Devisen oder im Ausland befindliche Vermögenswerte hatten, die dem Finanzamt angezeigt werden müssen. Falls Sie mit Devisen zu tun haben, so prüfen Sie ferner nach, ob Ihre Devisenangelegenheiten in Ordnung oder ob Devisenzwiderhandlungen zu bereinigen sind. Wenn Sie im Zweifel darüber sind, ob Sie diese oder jene Werte anzeigen müssen oder ob in diesem oder jenem Punkt Devisenangelegenheiten zu bereinigen sind, so wenden Sie sich mit Ihren Zweifeln an ein Finanzamt.

Wer bisher mit Devisen oder mit ausländischem Vermögen geübelnd hat, und bis zum 31. Dezember 1934 von der Möglichkeit wieder steuerrechtlich und devisenrechtlich zu werden, nicht Gebrauch macht, setzt sich schweren Freiheitsstrafen aus.

## Südslawische Beschwerde überreicht

Genf, 22. Nov. Der südslawische Außenminister hat Donnerstag nachmittag dem Völkerbundssekretariat die angekündigte Note überreichen lassen, in der die Unterföschung der politischen Verantwortlichkeiten des Marceller Attentats verlangt wird.

Die Note, die drei Schreibmaschinenseiten umfaßt, richtet sich, wie verlautet, ausdrücklich gegen Ungarn und wird später durch eine ausführliche Materialsammlung ergänzt werden.

Die übrigen Mitglieder der Kleinen Entente haben angekündigt, daß sie den südslawischen Vorstoß durch gleiche Schritte unterstützen werden. Eine letzte Besprechung zwischen dem französischen Außenminister Laval und den Vertretern der Kleinen Entente hatte kurz vor seiner Abreise Donnerstag vormittags stattgefunden, wobei die noch vorhandenen Schwierigkeiten besichtigt wurden.

### Der Inhalt der südslawischen Anklageschrift

Genf, 22. Nov. Die südslawische Note, die am Donnerstagabend im Völkerbundssekretariat überreicht worden ist, beginnt mit folgender Einleitung:

„Das schandvolle Verbrechen von Marjeille, das das Bewußtsein aller Kulturvölker in Erregung versetzt hat, zwingt die südslawische Regierung auf Grund der politischen Unterföschung in verschiedenen Ländern, den Völkerbundsrat mit dieser Angelegenheit zu befaßen. weil sie dazu angetan ist, das gute Einvernehmen und den Frieden zwischen Südslawien und dem benachbarten Ungarn zu stören.“

Die Note erinnert dann an die Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat im Juni. Damals bereits habe die südslawische Regierung auf die verbrecherischen Antriebe gewisser terroristischer Elemente in Ungarn und deren Unterstützung durch gewisse ungarische Behörden hingewiesen. Sie habe damals erwartet, daß die ungarische Regierung die notwendigen Maßnahmen treffen würde, um der Unterföschung, der sich die terroristischen Elemente in Ungarn erfreuten, ein Ende zu machen. Nur in diesem Geiste seien Verhandlungen mit der ungarischen Regierung ausgenommen worden, die am 21. Juli zu einem Abkommen in Belgrad geführt hätten.

„Die Ergebnisse der Unterföschung des Mordes an König Alexander und an Barthou in Marjeille“, so behauptet die Note, „haben bewiesen, daß dieses Verbrechen unter der Teilnahme derjenigen nach Ungarn geschickten terroristischen Elemente organisiert und ausgeführt worden ist, die in diesem Lande nach wie vor die gleiche Hilfe genießen haben, wie vorher und daß diese Verbrechen nur dank dieser Hilfe ausgeführt werden konnten. Tatsächlich findet man unter den Helfershelfern des Mörders die Terroristen, die bereits den Gegenstand der Beschwerde der südslawischen Regierung bei der ungarischen Regierung gebildet haben, und durch ihre Erklärung ist festgestellt, daß sie in Ungarn nicht nur ein Nest gefunden haben, sondern daß sie auch als Gruppe zum Vorbereiten des Attentats auf ungarischem Gebiete sich aufgehalten haben. Die Ergebnisse der Unterföschung beleuchten in besonders deutlicher und eindrucksvoller Art die Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung für die Hilfe und Unterstützung, die der terroristischen Aktion gewisser emigrierter südslawischer Unterthanen gewährt worden ist.“

Die Note kündigt die Einreichung weiterer Materials an und fährt dann fort: „Es handelt sich nicht um den politischen Mord als Werk eines vereinzelten Individuums, es handelt sich nicht mehr um die Abfertigung für die Emigrierten, sondern darum, daß auf dem Gebiet eines fremden Staates Verbrechen ausgeübt und gescheit werden, die den Auftrag haben, eine Reihe von Attentaten und Morden zu einem bestimmten politischen Zweck auszuführen.“

Die Erleichterungen und der Schutz, dessen sich die Verbrecher auf ungarischem Boden während ihrer eingehenden und langen Vorbereitung erfreut haben, sind kaum glaublich. Wenn die besten Diener einer Nation und die festen Stützen des internationalen Friedens in Erfüllung ihrer Pflichten von Verbrechern getötet werden können, die in Massen organisiert und ausgebildet werden und sich des Wohlwollens und der Unterstützung der Behörden eines fremden Landes erfreuen, so ist keine organisierte Regierung mehr möglich. Dann würde ein Zeitalter der internationalen Anarchie und Barbarei für die Kulturwelt anbrechen, in dem die selbstverständlichen Grundlagen des internationalen Friedens unvermeidlich zusammenbrechen würden.

Angeht die Schwere dieser Tatsache, so sieht sich die südslawische Regierung aus Sorge für die Aufrechterhaltung des Friedens und im Vertrauen auf die Autorität des Völkerbundes gezwungen, unter Berufung auf Artikel 11 Abs. 2 des Völkerbundsstatutes den Völkerbundsrat mit dieser Frage zu befaßen, die in erster Linie die Beziehungen zwischen Südslawien und Ungarn bedroht und den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören droht.

### Benesch schließt sich Südslawien an.

Genf, 22. Nov. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat an das Völkerbundssekretariat eine Note gerichtet, in der er auf den am Donnerstag erfolgten südslawischen Schritt Bezug nimmt und lobend erklärt:

„Angesichts dessen, daß die in dem Antrag der südslawischen Regierung erwähnten Tatsachen wegen ihres außergewöhnlich schwerwiegenden Charakters die Tschechoslowakei und ihre guten nachbarlichen Beziehungen zu Ungarn unmittelbar berühren

und dadurch in Gefahr bringen, sowie die allgemeinen Bedingungen, von denen der Friede in Mitteleuropa abhängt, schließt sich die tschechoslowakische Regierung als Mitglied des Völkerbundes vollinhaltlich der Eingabe der südslawischen Regierung an.“

Den gleichen Schritt wie die Tschechoslowakei hat Rumänien unternommen.

Ungarn protestiert gegen die Behauptungen der südslawischen Note.

Budapest, 22. Nov. Der ungarische Hauptdelegierte Tibor von Eckhardt, der Donnerstagabend in Genf eingetroffen ist, hat vor Vertretern der internationalen Presse folgende Erklärung zu der südslawischen Note abgegeben:

„Ich erfahre mit Genugtuung, daß die Angelegenheit des schandvollen Attentats von Marjeille vor die unparteiische Gerichtsbarkeit des Völkerbundes gebracht worden ist. Wir wünschen, daß die Frage dringlich behandelt wird, und von unserer Seite wird nichts unterlassen werden, damit der Fall und seine Hintergründe in aller Objektivität vor dem Völkerbund völlig geklärt werden. Selbst nach dem Verleumdungsfeldzug, der in den letzten Wochen mit Hartnäckigkeit geführt worden ist, überraschen und empören uns die Behauptungen der südslawischen Note, die den guten Namen Ungarns vor der Welt schädigen wollen. Ich protestiere in aller Form und mit allem Nachdruck gegen diese Verleumdungen. Die südslawische Note ist nach Inhalt und Ton nur eine neue Etappe einer planmäßigen Aktion gegen Ungarn. Ihr Ziel ist klar: Sie will die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen des Attentats ablenken und Ungarn moralisch vernichten, das man in seinem abgerüsteten Zustand für eine leichte Beute hält. Ich protestiere energisch gegen diese Tendenzen, die ich als internationalen Terrorismus bezeichne.“

Ministerpräsident Gömbös erläutert den Standpunkt Ungarns zur südslawischen Note.

Budapest, 23. Nov. Ministerpräsident Gömbös hat einem Mitarbeiter des ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros auf dessen Anfrage hin den Standpunkt der ungarischen Regierung zu der südslawischen Note an den Völkerbund folgendermaßen dargelegt:

Die ungarische Regierung wurde durch die in Zusammenhang mit der Marjeiller Angelegenheit in Genf unterbreitete südslawische Note nicht überrascht. Sie sieht in dieser Note nichts anderes als die Fortsetzung des seit einem Monat im Gange befindlichen und auf die Untergrabung der Stellung Ungarns gerichteten Pressefeldzuges. Sie sieht mit Befremden, daß der Ton der Note der gleiche ist wie der, der gegen Ungarn hegenden Presse. Diese Presse hat nämlich sofort nach der Veröffentlichung des Mordes, somit zu einer Zeit, als noch keinerlei Anhaltspunkte dafür vorhanden sein konnten, wer die Organisatoren und die Ausführenden des Anschlages waren, zur Bloßstellung Ungarns eine politische Hege eingeleitet, die von vornherein geeignet war, den europäischen Frieden zu gefährden. Die ungarische Regierung hat vom ersten Augenblick des Einnehmens des Verleumdungsfeldzuges die Tendenz klar erkannt. Es steht nämlich außer Zweifel, daß das Ziel der Leiter des Feldzuges neben der Discreditierung der ungarischen Sache auch die Einschüchterung Ungarns war, um unsere friedliche Arbeit für unsere nationale Existenz zu lähmen. Die ungarische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Welt auf die politische Tendenz der südslawischen Note, besonders unter Hinweis darauf, daß sie ihre Beschuldigungen gegen Ungarn ohne ins Einzelne gehende Kenntnis der Sache und unter Berufung auf die angeblich zur Verfügung stehenden bisher nicht nachprüfbareren Beweise stützen will. Die Haltung der südslawischen Regierung ist um so unerklärlicher, weil sie es bisher nicht einmal für notwendig hielt, sämtliche als Grundlage der Beschuldigung dienenden Schriftstücke der ungarischen Regierung mitzuteilen. Die ungarische Regierung hätte diese ebenso lägen gestraft wie jene Behauptungen, daß der Mörder vor Begehung des Anschlages sich in Ungarn aufgehalten habe.

Die ungarische Regierung als Vertreterin einer tausendjährigen Nation, deren Geschichte den politischen Mord niemals als Mittel zur Geltendmachung der Wahrheit der Nation anerkannt hat, protestiert feierlich gegen das Vorgehen der südslawischen Regierung und weist die Beschuldigung der Teilnahme am Mord zurück. Da die ungarische Regierung durch das Vorgehen der südslawischen Regierung den europäischen Frieden als gefährdet ansieht, hält sie es auch ihrerseits für wünschenswert, daß der Völkerbund behufs dringender u. objektiver Klärung der Sache jeden Schritt unversehrt unternimmt. Sie wünscht dies um so mehr und lenkt die Aufmerksamkeit der europäischen öffentlichen Meinung besonders hierauf, weil es den Anschein hat, daß Südslawien und seine Freunde im Bewußtsein ihrer im Sinne der Friedensverträge ihnen heilig zugesagten überlegenen militärischen Kraft den heiligen Gedanken des europäischen Friedens gefährden.

### Der Eindruck der südslawischen Note in Genf.

Genf, 22. Nov. Die südslawische Note an den Völkerbund hat hier einen ungeheuer starken Eindruck hinterlassen. Besonders in französischen Kreisen und in Kreisen der Kleinen Entente ist eine starke Verlegenheit unverkennbar, denn eine



Note mit solchen schweren, gegen Ungarn direkt gerichteten Anschuldigungen hatte man nach den in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zwischen dem französischen Außenminister und den Vertretern der Kleinen Entente nicht erwartet. Man weiß darauf hin, daß nun Südslawien sehr schlüssige Beweise für seine Anklage zu erbringen habe. Von südslawischer Seite erklärt man, daß die angekündigte Sammlung von Dokumenten die durch die Note hervorgerufene Senation durchaus rechtfertigt werde. Obwohl in der Note nur Ungarn genannt worden ist, empfindet man hier ferner allgemein, daß sie zu einer neuen erheblichen Spannung auch zwischen Südslawien und Italien beitragen werde. Jedenfalls wird sie nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die in der letzten Zeit verlustigen Annäherungsbestrebungen zwischen Italien auf der einen und der Kleinen Entente und Frankreich auf der anderen Seite. Diese unmittelbare politische Wirkung der südslawischen Note ist vielleicht wichtiger als die Frage der Behandlung des südslawischen Schriftstüds in Genf selbst.

#### „Giornale d'Italia“ zur südslawischen Anklageschrift.

Mailand, 22. Nov. Eine neue überraschende Wendung findet Ganda im „Giornale d'Italia“. Er bedauert es geradezu, daß die Genfer Aussprache über das Attentat von Marseille, wie sie durch die südslawische Note angeleitet worden ist, aufgehoben worden sei. Er teilt nicht die von der englischen und französischen Presse geäußerten Besorgnisse über die südslawische Initiative. Ihre Folgen könnten wohl unangenehm sein, aber würden wenigstens zu einer völligen Klarlegung jener Fragen, Bewegungen und Gefahren führen, die allzu lange von den verantwortlichen Regierungen Europas übersehen worden seien, obwohl von ihm, Ganda, seit Jahren auf sie hingewiesen wurde. — Die Genfer Unterhaltung, fährt Ganda fort, müsse sich natürlich mit dem ganzen Problem des Emigrantentums und des Terrorismus beschäftigen. Nord und Terrorismus als politische internationale Aktion hätten in den letzten Jahrzehnten vornehmlich baltischen Ursprung und Charakter gehabt. Ganda erinnert an die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand an den Nordverlauf an König Jugu in Wien durch albanische Emigranten, die in Südslawien aufgenommen worden waren, an die wiederholten Attentate auf Mussolini, die größtenteils in Frankreich von italienischen Emigrantengruppen vorbereitet worden seien unter Unterstützung einflussreicher französischer Kreise. Ganda glaubt ferner in diesem Zusammenhange von dem Nord an Dollfuß und von der Aufnahme nationalsozialistischer Flüchtlinge in Südslawien sprechen zu sollen. Die Ausjagung der terroristischen Akte, bei denen Italien nur allzu oft das Opfer gewesen sei, könne fortgesetzt werden. Das tragische Ereignis von Marseille sei kein isolierter Fall und deshalb stellt Ganda fest, daß das Problem von europäischer Tragweite sei und in seiner ganzen Bedeutung untersucht werden müsse.

#### Antwort zur Dtpakt-Frage nach Warschau

Genf, 22. Nov. Zu den Besprechungen des französischen Außenministers Laval, der nach Paris zurückgekehrt ist, und in der nächsten Woche zur Ratstagung wieder nach Genf kommen will, verlautet, daß die französische Antwort auf die polnische Stellungnahme vom September am Mittwochabend abgehandelt worden ist. Auf Drängen der Sowjetregierung, die den Dtpakt als eine unerlässliche Sicherheitsbürgschaft für ihre europäische Grenze betrachtet, habe Frankreich seine Auffassung über die Beteiligung Polens an diesem Pakt in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Doch wird von französischer Seite betont, daß die Note an Polen keineswegs eine Aufforderung zur Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Systems enthalte, sondern sehr verbindlich gehalten sei. Die französisch-polnischen Besprechungen sollen bei der Rückkehr Lavals nach Genf fortgesetzt werden.

#### Prager Polizeibeamte für das Saargebiet

Prag, 22. Nov. Sieben Polizeibeamte aus Prag und neun tschechoslowakische Genbraten sind am 19. November in das Saargebiet abgereist. Die für die internationale Saarpolizei Angeworbenen reisen als Privatpersonen; sie fahren über Oesterreich und Schweiz nach Straßburg, wo sie Waffen und Uniform erhalten. Die Beamten wurden in der Tschechoslowakei für zwei Monate pensioniert; nach ihrer Rückkehr werden sie den Dienst in der Tschechoslowakei wieder antreten. Unter den Beamten, es sind die ersten aus der Tschechoslowakei, die ins Saargebiet fahren, befinden sich die beiden größten Prager Schutzleute.

#### Aufrufe der Deutschen Front im Saargebiet

Saarbrücken, 22. Nov. Sofort nach Bekanntwerden der neuen Verordnung der Regierungskommission hat der hiesige Landesleiter der Deutschen Front, Niemann, folgenden Aufruf erlassen:

„Die Regierungskommission hat 52 Tage vor der Abstimmung eine neue Verordnung erlassen. Nach dieser Verordnung dürfen mittelbare oder unmittelbare Beamte keine Funktionen mehr innerhalb der Deutschen Front ausüben. Das heißt, daß auf einen Schlag eine Reihe von Ortsgruppen, Zellen usw. führerlos werden.“

Daraus ergibt sich nun das eine, nämlich dieser Verordnung mit der richtigen Antwort zu begegnen. Diese Antwort lautet:

1. Alle in Frage kommenden Persönlichkeiten ernennen sofort ihren Nachfolger. Diese Ernennung wird bindend für die gesamte Mitgliedschaft. Der von dem Ausscheidenden Ernante wird sofort und zwar heute noch der zuständigen Kreisleitung bzw. der Landesleitung mitgeteilt.

2. Die gesamte Mitgliedschaft der von dieser Verfügung betroffenen Ortsgruppen und Zellen hat sich darüber im Klaren zu sein, was diese Sofortmaßnahmen im gegenwärtigen Augenblick bedeuten. Es gibt nur eine Schlussfolgerung, die heißt: Uns ist es völlig gleich, wer Ortsgruppen- und Zellenleiter ist. Die Person spielt in dieser neu geschaffenen Situation aber auch gar keine Rolle. Unsere Parole heißt nun erst recht Disziplin und brüderliches Zusammenhalten. Es lebe der 13. Januar und damit das deutsche Vaterland!“

An alle durch die neue Verordnung betroffenen Amtswalter rief der hiesige Landesleiter folgenden kurzen Aufruf:

„Kameraden! Ihr müßt ausscheiden. Für Eure Arbeit gibt es keinen Dank, sondern nur Pflichten. Die Landesleitung drückt Euch die Hand. Schweißt und denkt an unsere gemeinsame Sache.“

#### Den Beamten des Saargebiets ist unterfagt ...

##### Eine neue Verordnung der Regierungskommission

Saarbrücken, 22. Nov. In Form einer Auftragsnachricht für die Saarpresse hat die Regierungskommission auf Erlassung der Abstimmungskommission eine neue Verordnung erlassen, nachdem den mittelbaren oder unmittelbaren Staatsbeamten unterfagt ist:

1. in oder für Vereinigungen, die eine Einwirkung auf die Volksabstimmung bezwecken, irgend welche Parteifunktionen oder irgend eine Agitationsarbeit auszuüben;

2. politische Versammlungen zu veranstalten, zu leiten oder in diesen als Redner aufzutreten;

3. in periodischen oder nichtperiodischen Druckschriften Angelegenheiten der Volksabstimmung zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Vertretern von Behörden oder deren Vertretern, die Beamteneigenschaften besitzen, ist die Teilnahme an öffentlichen, aus Anlaß der Volksabstimmung stattfindenden Veranstaltungen verboten, sofern die Teilnahme in der Eigenschaft als Vertreter einer Behörde erfolgt.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafen nicht unter 1000 Franken bestraft. Bei mildernden Umständen tritt Gefängnis nicht unter einer Woche und Geldstrafe nicht unter 500 Franken ein.

Die neue Verordnung der Saargebietregierung, die an den Gefühlen und an den bürgerlichen Rechten einer großen Gruppe von Abstimmungsberechtigten auch hier ohne weiteres vorbeigeht, wird im Sinne des Aufrufes der Landesleitung der Deutschen Front mit selbstverständlicher Disziplin aufgenommen und befolgt werden. Allerdings wird der Saarbevölkerung nicht verübelt werden können, wenn sie diese Maßnahme ebenso wenig begreift, wie die vorangegangenen welt- und volkstrendenden Methoden der Regierungskommission. Die Beamtenschaft des Saargebietes bildet einen Teil der saardeutschen Bevölkerung und ist nicht zu verwechseln mit der dortigen unmittelbaren Beamtenschaft des Räterebundes. Auch von der deutschen Beamtenschaft ist selbstverständlich Pflichterfüllung in ihrem Amt zu verlangen. Eine Neutralität aber, die zu einer entprechenden Interessenslosigkeit und Indifferenz gegenüber dem Kampf um das Saargebiet führen ausarten und sich entsprechend äußern würde, kann jedoch dieser Beamtenschaft nicht zugemutet werden.

Wenn jedoch Abstimmungskommissionen und Regierungskommission glauben, diese natürliche Zusammengehörigkeit zwischen den saardeutschen Beamten und der übrigen, ebenso wie die auf den 13. Januar mit großer Zuversicht eingestellten saardeutschen Bevölkerung mit papierenen Geheizen brechen zu können, so befinden sie sich in einem schweren Irrtum.

#### Gebietsführer der NS beim Führer und bei Dr. Goebbels

Berlin, 22. Nov. Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach stellte am Donnerstag Reichsminister Dr. Goebbels die NS Gebietsführer der NS vor. Dr. Goebbels betonte noch einmal unter Hinweis auf seine an die NS im Rundfunk gehaltene Rede, daß es immer sein Bestreben gewesen sei, zwischen der NS und seinem Ministerium ein Verhältnis der besten Zusammenarbeit zu schaffen und zu erhalten.

Baldur von Schirach dankte Dr. Goebbels in herzlichen Worten und stellte seinerseits fest, daß es der Jugendorganisation der Partei und dem jüngsten Ministerium vorbehalten geblieben sei, den Nachweis zu führen, daß Parteiorganisationen und Staat auf das Beste zusammenarbeiten können. Diese Zusammenarbeit sei der NS stets sehr wertvoll und nützlich gewesen. Deshalb solle dieser Empfang auch mehr als ein bloßer Besuch, er solle ein Bekenntnis der Jugend zu Dr. Goebbels sein.

Anschließend an den Empfang im Propagandaministerium begaben sich die Gebietsführer in die Reichskanzlei, wo sie Gäste des Führers waren.

#### Anordnung des Organisationsleiters der NSDAP

Berlin, 23. Nov. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP hat, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, folgende Anordnung erlassen:

Meinen Adjutanten, Pg. Simon, ernenne ich ab sofort zu meinem Stabsleiter. ges.: Dr. Len.

#### Ehrensold nur für die Hinterbliebenen gefallener Kämpfer der NSDAP

Berlin, 23. Nov. Die NSDAP veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP:

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Ehrensold der NSDAP gemäß Verfügung des Führers vom 9. November 1934 nur für Hinterbliebene der auf der Ehrenliste der gefallenen Kämpfer der NSDAP verzeichneten Toten der Bewegung bestimmt wurde.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen des Weltkrieges sind daher in diese Verordnung nicht mit einbezogen. Es können daher Gesuche der Hinterbliebenen von Gefallenen des Weltkrieges um Gewährung des Ehrensoldes der NSDAP nicht berücksichtigt werden.

München, den 22. November 1934.

gez. Schwarz.

#### „Englands Grenze liegt am Rhein“

Haag, 22. Nov. Im Laufe der Aussprache in der zweiten Kammer über die holländische Politik erklärte Außenminister de Graaf, der niederländische Gesandte in London, habe sich bei einem zufälligen Zusammentreffen mit Baldwin von diesem eine Auslegung der aufstrebenden Erklärung über die „Hinauschiebung der englischen Grenze bis zum Rhein“ geben lassen. Baldwin habe darauf geantwortet, daß er nichts anderes zum Ausdruck habe bringen wollen, als daß wegen der überraschenden Entwicklung des Luftverkehrs Warnungen vor einem bevorstehenden Luftangriff auf das englische Inland bereits dann ergehen müßten, wenn die Flugzeuge am Rhein signalisiert würden, und nicht erst dann, wenn sie bereits bis zur englischen Grenze gelangt seien. Er habe jedoch keineswegs damit sagen wollen, daß mit Holland oder mit einem anderen Lande eine enge Zusammenarbeit zwecks Anlegung englischer Militärflugplätze außerhalb des englischen Gebiets stattfinden müsse.

Außenminister de Graaf betonte hierzu noch, daß Holland niemals seine traditionelle Unabhängigkeitspolitik preisgeben werde.

#### Die Saarbepfehlungen in Rom

##### Abschluß nicht vor Samstag

Rom, 22. Nov. Die Saarbepfehlungen in Rom haben den ganzen Tag über ihren Fortgang genommen. Eine gemeinsame Sitzung des Unterausschusses und des Dreierausschusses fand nicht statt, vielmehr wurden die einzelnen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen von den betreffenden Sachverständigen in Einzelbesprechungen behandelt. Für Freitag ist wohl eine Sitzung zu erwarten, an einen Abschluß der Arbeiten und an die Abreise des Dreierausschusses nach Genf ist, wie verlautet, wohl kaum vor Samstag zu denken.

# Die Siegerin

Roman von J. Schneider-Foerster

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU (40. Fortsetzung.)

„Wir müssen ein Stück herumfahren, man kann nicht überall landen“, beschied der Alte und zog einen großen Bogen um die Ostseite der Insel. Sie schien tatsächlich unbewohnt zu sein. Schiffs wucherte in Mannshöhe, und der Kahn mußte sich förmlich hineinbohren, bis unter ihm endlich Sand knirschte. Merlin stieg über angeschwemmtes Holz, sank bis über die Knie in eine schlammige Mulde, zog den Fuß hoch und gewann endlich festeren Boden.

„Ich warte hier“, sagte der Alte. „Mitgehen kann ich nicht. Es reißt mir sonst das Fahrzeug weg. Ist eine ganz verfluchte Strömung, die da um die Marina zieht. — Aber schließlich kann man hier nicht. Die paar hundert Quadratmeter sind rasch abgekauft. Bleiben Sie nur immer hübsch außen herum. In einer halben Stunde können Sie wieder da sein. — Wenn's aber sein sollte — daß Sie mich brauchen“, er sah dabei geflüstert an Merlin vorüber, „dann rufen Sie. Ich komm dann schon! — So lange wird der Kasten hier wohl hängen bleiben!“

Merlin nickte und setzte die Füße schleppend in Bewegung. Überall, wo er hintrat, rieselte Sand ab. Der Wind hatte groteske Figuren aus ihm geformt und sie zum Teil wieder über den Haufen geweht. Das Laden einer Wölfe ließ ihn zusammenfahren. Die Vögel jagen mit breitem Flügelschlag über ihn hinweg und schalteten sich gegenförmig. Er ging vorsichtig, gesenkten Hauptes weiter.

Eine schier unerträgliche Spannung war in seinem Körper. Eine unbestimmte Ahnung sagte ihm, daß er Stephanie hier nicht finden würde. Sie mußte wo anders sein. — Aber wo? — Hierher wurden die Toten

getrieben, hatte der Alte gesagt. Aber das Meer war verschwiegen — und konnte es nicht auch erst nach Tagen oder Wochen sein Opfer herausgeben? —

Mit demselben schleppenden Schritt, mit dem er gegangen war, kehrte er vierzig Minuten später nach dem Boot zurück. Der Alte verlor kein Wort. Der Wellenschlag war ungemächlich, und die Strömung riß und zerrte. Als der Fischer sein Fahrzeug wieder fahrtbereit gemacht hatte, sagte er quälend: „Hab' ich's nicht gesagt: Auch das Getrinken muß man können. Einmal ist ein Florentiner bei Ditta ins Meer gesprungen. Babene! Er läßt sich nicht erlösen, der Gesel, und hat nicht bedacht, daß er als Dancerschwimmer schon zweimal den Preis von Rom gekriegt hat. Er mochte sich untertauchen, wie er wollte: Immer kam er wieder hoch. Ecco! Da ist er dort, wo er hineinprang, wieder an Land gestiegen. Er hat's kein zweitesmal versucht.“

Merlin hielt den Kopf gesenkt. Was hätte er auch erwidern sollen? Die Hände zwischen den Knien hängend, sah er und wehrte der Verzweiflung, die immer schwärzer über ihn hereinbrach.

Je weiter man sich von der Insel entfernte, desto ruhiger wurde der Atem des Meeres. Der Horizont war jetzt ein einziges glühendes Becken, aus dem rubinrote Flammen hochzüngelten.

„Madonna!“ rief der Alte plötzlich aus. „Sie haben recht gehabt! Sie schwimmt besser als ein Mann!“ Merlin sprang auf, daß das Boot zum Schankeln kam. Der Graubart riß ihn auf seinen Sitz nieder.

„Wenn sie nicht, daß Sie im Boot sind, macht sie womöglich zum Schluß noch eine Dummheit. Verstehen Sie zu steuern, Signor?“

Und als Merlin nickte, winkte er ihm, nach seinem Platz zu kommen. Der Fischer schien ein guter Menschenkenner zu sein, denn er schloß Merlin zur Vorsicht noch seinen Ant über und warf ihm eine alte Toppe, die am Boden gelegen hatte, über die Schulter.

Das Gesicht herabgedrückt, schaute Hans-Jörg mit spähenden Augen nach der Gestalt, die auf sie zugekommen kam. Der Alte stand im Boot und rief ihr ein „buon giorno“ entgegen. Schurmergerade hielt

Hans-Jörg auf die Schwimmerin hin. „Vom tauchte sie an der Breitseite auf. Ihr rechter Arm hielt sich am Wulste fest.“

„Bohin fahren Sie?“

„Nach Tannita revale!“

„Nicht nach Ostia?“

„Nein! — Ich kann Sie aber auch nach Ostia bringen.“

Sie sagte nach der Hand, die er ihr entgegenstreckte.

Mit gewandtem Sprung stand sie im Boot. Der Graubart schmunzelte.

„Ein bißchen Rekord gemacht?“ fragte er, als sie das Wasser aus dem Trikot streifte.

„Ja!“

„Ist ganz lau gewesen heute nacht?“ Bedächtig legte er seine Fische in Braud.

„Da läßt sich schon schwimmen!“ Zur Seite rückend, bot er ihr Platz neben sich, so daß sie Rücken an Rücken mit Merlin zu sitzen kam.

„Sind Sie von Tannita revale aus gestartet?“

„Von Ostia!“

Der Fischer sog genießerisch an seiner Pfeife. „Und gar kein bißchen müde?“

„D sehr — arg, arg müde! Kann man in Tannita revale Quartier bekommen?“

Er blies den Rauch vor sich hin und suchte die Absicht.

„Schwerlich! Ein Mann vielleicht!“ Er lachte verächtlich. „Die Trappisten lieben die Frauen nicht!“

Sie wurde nachdenklich. „Aber in Ostia?“

„Dort schon! Schöne Quartiere. Ich vermiete auch!“

Sofort erwachte ihr Mißtrauen. „Ich dachte, Sie seien aus Tannita revale?“

„Nein. Ich habe nur dort zu tun. Aber es muß nicht heute sein!“

„Dann bleibe ich bei Ihnen!“

„Va bene!“ Und zu Merlin gewandt, befahl er:

„Nimm Kurs auf Ostia!“ Das Boot schoß erst über eine Welle hinweg, dann bog es scharf nach Westen.

Stephanie zeigte nicht das geringste Interesse für den schwermütigen Menschen, der dort mit zusammengekniffenem Mienen am Steuer saß. Die Antworten, die sie dem Alten gab, wurden immer knapper.

Nur einmal fragte sie nach der Zeit. Es war kurz nach drei Uhr. Ostia kam näher. Kein wie ein Schleier, span sich Morgennebel um die Stadt. (Schluß folgt.)